

[← zurück](#)**Edzard Reuter**

"Nötig ist internationale Finanzpolizei"

Ex-Daimler-Chef Edzard Reuter diagnostiziert eine Krise des Systems - weltweit werde mit Spielgeld jongliert, die Kameradschaft der Wirtschaft glaube noch an die Segnungen des Finanzkapitalismus.

Herr Reuter, lassen Sie uns über den Kapitalismus reden. Über den, der nach Finanzkrise und Turbokapitalismus kommt.

Edzard Reuter: Ach, Sie haben beschlossen, dass der Turbokapitalismus am Ende ist?

Glauben Sie das nicht?

Da bin ich mir nicht sicher. Bestimmt ist es um den Turbokapitalismus derzeit



Edzard Reuter
(Foto: getty)

schlecht bestellt. Aber ob alle Beteiligten das verstehen und daraus die richtigen Konsequenzen ziehen, das ist eine andere Frage. Immerhin haben wir es in der Wirtschaft mit einer weltweiten Kameradschaft zu tun, die fest an die Segnungen des Turbokapitalismus und des reinen Finanzkapitalismus geglaubt hat. Ich sehe nicht, dass die von heute auf morgen davon abrücken.

Aber der aktuelle Crash ist nicht nur eine normale Krise, wie sie in zum Auf und Ab der Wirtschaft gehört. Das ist eine Krise des Systems, oder?

Das ist ganz eindeutig eine Krise des Systems. Es hat sich weltweit ein Finanzmarkt entwickelt, der nicht mehr viel mit den Realitäten zu tun hat, sondern sich an der Grenze des Virtuellen bewegt. Zum Teil wird da ja mit Pseudogeld jongliert. Ein solches System hat es in der ganzen Wirtschaftsgeschichte noch nicht gegeben. Dieses Casino, in dem um Geldmengen spekuliert wird, die nichts mit realen Vorgängen zu tun haben, ist zusammengebrochen.

Trotzdem glauben Sie, dass der Neoliberalismus nur pausiert?

Die Gefahr halte ich für realistisch, ja. Natürlich wird es nicht nur eine kurze Pause sein, denn die Turbulenzen in der Bankenwelt gehen ja nicht so schnell vorüber. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass genügend Menschen bereits wieder daran arbeiten, das Versagen des Systems möglichst schnell mit dem Mantel des Vergessens zuzudecken. Aus meiner Sicht kommt es entscheidend darauf an, dass die politischen Akteure, die sich in den letzten drei Wochen weltweit wirklich gewaltig bewegt haben, nun auch am Ball bleiben und nicht locker lassen.

Angesichts der unglaublichen Summen, mit denen die Regierungen rund um den Globus den internationalen Finanzsektor stützen, kann es doch nicht einfach so weitergehen wie vorher.

Na ja, die beteiligten Akteure werden sich auf den Standpunkt stellen,

Zur Person

Edzard Reuter (80), von 1987 bis 1995 Vorstandschef von Daimler Benz, repräsentiert in vieler Hinsicht das Gegenteil des Shareholder-Value-Ansatzes, zu dessen prominentesten Vertretern sein Nachfolger im Daimler-Chiefsessel, Jürgen Schrepp, zählt.

In seiner vielbeachteten Rede

von St. Gallen thematisierte er bereits vor 30 Jahren die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen. Seither galt Reuter, der seit 1946 SPD-Mitglied ist, in Managerkreisen als Exot: Der Genosse unter den

dass sich die Krise nicht übermorgen wiederholen wird. Und das System wird aus den eigenen Fehlern lernen. Das heißt aber leider nicht, dass die Zockermentalität sich erledigt hat.

Bossen.

Mehr zur **Krise der Finanzmärkte**

Einen geläuterten Kapitalismus wird es als nicht geben?

Ich habe da meine Vorbehalte. Wir sind alle Menschen. Wir sind täglich Versuchungen ausgesetzt, zu denen auch die Gier gehört. Die Gier schnell Geld zu verdienen. Die Menschen werden nicht von heute auf morgen gut. Wir bräuchten Regeln, um die Gier zu zügeln. Am besten eine internationale Finanzpolizei. Aber das ist nicht sehr realistisch.

Es wird doch darüber geredet. Der Internationale Währungsfonds könnte eine solche Rolle übernehmen.

Theoretisch könnte der IWF in diese Rolle hineinwachsen. Aber schauen Sie doch mal, wie schwer sich der Währungsfonds in der Vergangenheit damit getan hat, seine einzelnen Mitgliedsstaaten zu kontrollieren. Und man darf nicht verkennen, dass auch der IWF keine blütenweiße Vergangenheit hat. Schließlich hat er ja über Jahrzehnte allen Ländern, die in Schwierigkeiten gerieten, Marktöffnung, Deregulierung und die reine Lehre der Marktwirtschaft gepredigt. Der IWF müsste daher zu einem ganz neuen Verständnis seiner Aufgaben gelangen. Trotzdem ist es der einzige Weg, den ich sehe.

National ist gegen die Krise gar nichts zu tun?

Doch, natürlich. Der nationale Weg ist ja auch schon eingeschlagen worden. Ich denke, es geht auch gar nicht anders, als dass jedes Land erst mal seine eigenen Hausaufgaben macht. Aber die internationale Abstimmung ist extrem wichtig. Und extrem schwierig. Nehmen sie doch nur mal Europa. Das kommen jetzt zum Beispiel schon die Tschechen und warnen: Bloß nicht zu viel Regulierung und vor allem nicht aus Brüssel. Das Ganze ist ein verdammt schwieriges Unterfangen, zumal andererseits die Geldströme jederzeit wieder dorthin gelenkt werden können, wo am wenigsten kontrolliert wird. Es ist eine Herkulesaufgabe, die Interessen so vieler Staaten und Regierungen unter einen Hut zu bringen. *Welche Regeln sollte die Politik denn aufstellen?*

Es geht vor allem um die Regulierung der Finanzmärkte. Es ist ein Irrglauben, dass ein freier Markt sich selbst in Ordnung bringen kann. Aber der Glaube an die Selbstheilungskraft der Märkte ist nicht nur eine feste Überzeugung amerikanischer Regierungen seit Ronald Reagan gewesen. Er war auch das Dogma britischer Regierungen gleich welcher Couleur, er hat sich in den letzten Winkeln der Welt verbreitet. Wenn Katastrophen wie die aktuelle wenigstens eingedämmt werden sollen, sind viel strengere Regeln für den Kapitalverkehr nötig. Und die Zulassung neuer Finanzprodukte muss reguliert werden.

Sollte die Bundesregierung die Deregulierung der vergangenen Jahre nicht einfach zurückdrehen, also zum Beispiel das Finanzmarktförderungsgesetz außer Kraft setzen?

Es denkt doch kein Mensch in der Bundesrepublik derzeit daran, die Deregulierung komplett zurückzuschrauben. Es ist ja wirklich sinnvoller, in sorgfältiger Tagesarbeit zu analysieren, was konkret schiefgelaufen ist. Das beste Beispiel ist die Zulassung und der freie Handel mit Zertifikaten. Das war eine unglaubliche Leichtfertigkeit. Oder nehmen Sie die Pensionsrückstellungen von Unternehmen. Früher war es eine Selbstverständlichkeit, dass diese nur mit ganz bestimmten Anlageprodukten mit geringem Risiko gesichert wurden und nicht beliebig mit allem möglichen, Hedgefonds-Anteilen oder was sonst heutzutage alles zulässig ist.

Würden Sie auch die Managergehälter gesetzlich begrenzen?

In dieser Frage sehen Sie mich absolut ratlos. Das ist eine Frage der Ethik und der Moral. Ich fürchte, dass man mit Vorschriften und Regulierung diesem Problem nicht beikommt. Eigentlich wäre es notwendig, dass die Kameradschaft der Spitzenmanager sich einig ist: Mit dem Herrn Y, der jetzt wieder so abgesahnt hat, verkehren wir nicht mehr. Die soziale Ächtung dieser Art der Gier wäre wirksam. Aber ich habe wenig Hoffnung, dass das gelingt. International schon gar nicht. Wir können die meisten Länder

nicht dazu bringen, die Spitzgehälter in ihren Ländern zu begrenzen, geschweige denn überhöhte Bezüge strafrechtlich zu sanktionieren. Das halte ich einfach für unrealistisch. Den Versuch der Bundesregierung, die vorübergehende Regierungsbeteiligung an Banken an eine Begrenzung der Managergehälter zu binden, halte ich trotzdem für gut. Das ist ein psychologisch richtiges Signal.

Die Vergütung von Managern ist oft an die Entwicklung des Aktienkurses gekoppelt. Vorstände und Aktionäre haben gemeinsam ein Interesse an kurzfristigen Kurssteigerungen, nicht an langfristiger Solidität.

Es ist geradezu pervers, dass im Aktienrecht noch immer der Passus steht, dass der Vorstand dem Wohle des Unternehmens verpflichtet ist. Ich habe noch nie verstanden, dass das Wohl des Unternehmens identisch sein soll mit dem Wohl der Aktionäre. Es stimmt einfach nicht, dass es dem Unternehmen gut geht, wenn die Aktionäre zufrieden sind und umgekehrt. Im Grunde müsste man erst einmal anfangen, das geltende Aktienrecht auch anzuwenden.

Sehen Sie eigentlich die Vormachtstellung der USA, in denen viele dieser Auswüchse ihren Ursprung haben, durch die Krise in Frage gestellt?

Man darf nicht verkennen, dass die Vereinigten Staaten nach wie vor eine riesige, wahrscheinlich die leistungsfähigste Volkswirtschaft der Welt sind. Das werden auch nach dieser Geschichte bleiben. Sie haben aber gewaltige Schrammen bekommen. Und es kommen neue Nationen auf, hoffentlich auch die Europäer noch viel stärker. Trotzdem: Es wäre ganz falsch, Amerika abzuschreiben.

Die neuen Staaten – Sie meinen wahrscheinlich China, Russland, Indien – müssen in Ihren Augen jetzt auch eine Führungsrolle übernehmen?

Eindeutig ja.

Nach der Weltwirtschaftskrise in den späten 1920er Jahren hat John Maynard Keynes mit seiner Allgemeinen Theorie die Grundlagen für eine neue Wirtschaftspolitik gelegt. Brauchen wir heute eine neue Theorie oder reicht die Rückbesinnung auf Keynes?

Ich glaube, es reicht eine Rückbesinnung. Aber nicht nur auf Keynes, sondern auch auf andere bekannte Wirtschaftstheorien. Keynes hat auch kein allumfassendes, ewig gültiges Konzept. Seine Allgemeine Theorie war ja nur auf bestimmte Situationen anwendbar, vor allem auf eine Krise, die durch einen Mangel an Nachfrage ausgelöst wird. Auch der Monetarismus hat Erkenntnisse zu Tage gefördert, die wir nicht beiseite schieben sollten. Die Kunst der Wirtschaftspolitik wird in Zukunft noch viel stärker als bisher darin bestehen, die Stellschrauben täglich neu zu justieren.

Es wird jetzt auch darüber geredet, ob wir zurückkehren sollten zu einem System fester Wechselkurse.

Nach dem volkswirtschaftlichen Lehrbuch scheint mir das unverändert sinnvoll. Ich halte es aber für absolut unrealistisch, dass so etwas zustande kommt. Aber wie damals, 1944, als in Bretton Woods das System fester Wechselkurse etabliert wurde, brauchen wir eine grundlegend neue Weltfinanzordnung. Die Dimension der Herausforderung ist vergleichbar.

Wagen Sie eine Prognose: Wie lange wird es dauern, bis wir die Krise und ihre realwirtschaftlichen Folgen überstanden haben?

Das wird nicht so schnell vorübergehen. Ich rechne damit, dass wir zwei, drei Jahre damit zu tun haben. Die spannende Frage bleibt, ob das Thema auf der Tagesordnung bleibt, wenn es uns wieder besser geht. Oder ob die Welt zur alten Tagesordnung übergeht. Das wäre ein schlimmer Fehler.

(Interview: Anna Slegers und Uwe Vorkötter)

[document info]

Copyright © FR-online.de 2008

Dokument erstellt am 17.10.2008 um 15:27:53 Uhr

Letzte Änderung am 18.10.2008 um 13:41:48 Uhr

Erscheinungsdatum 17.10.2008

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/spezial_kreditkrise/?em_cnt=1615075&em_loc=2730